

Informationen des Verbandes Freier Berufe in Bayern e. V.

Auszug aus Heft 3/2019

Europäische Charta – der Freien Berufe gefordert

Deutsche Abgeordnete sollen sich für EU-Legaldefinition einsetzen.

Der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) nimmt mit Erleichterung zur Kenntnis, dass die pro-europäischen Parteien die stärkste Kraft im künftigen EU-Parlament darstellen und der befürchtete starke Zuwachs populistischer und EU-skeptischer Parteien auch aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung ausgeblieben ist. Der VFB fordert nun alle 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, sich für eine Legaldefinition der Freien Berufe einzusetzen. Beim parlamentarischen Abend gab es zu diesem Thema ein zustimmendes und ein ablehnendes Lager.

Bis heute fehlt auf europäischer Ebene ein gemeinsames Verständnis von Freiberuflichkeit sowie ein einheitlicher Politikansatz gegenüber Freien Berufen. „Europa muss künftig den Bedürfnissen der Freien Berufe besser gerecht werden und deren Mehrwert für die europäische Gesellschaft erkennen, anerkennen und sicherstellen, dass die Freien Berufe nicht ausschließlich auf Grundlage rein marktwirtschaftlicher Kriterien beurteilt werden“. Hintergrund dieser Forderung ist der regelmäßige Versuch der Europäischen Kommission, die Berufsregeln in den Freien Berufen abzubauen mit der Begründung, auf diese Weise mehr Wachstum im Dienstleistungsbinnenmarkt zu generieren. „Dies verkennt, dass das Regulierungssystem für freiberufliche Dienstleistungen in Deutschland vor allem auf Qualität und Verbraucherschutz ausgerichtet ist“, so Schwarz.

Das Präsidium des Verbandes Freier Berufe in Bayern fordert die neu und wiedergewählten deutschen Politikerinnen und Politiker im Europäischen Parlament auf, sich für die Verabschiedung einer europäischen Charta der Freien Berufe einzusetzen und hofft auf einen EU-Kommissionspräsidenten (Anm. d. Red. – Stand: 9. Juli 2019), der sich künftig für dieses Anliegen einsetzen wird.



Von links: VFB-Präsident Michael Schwarz, MdEP Ulrike Müller (Spitzenkandidatin Freie Wähler), Arno Metzler, Präsident der Gruppe III „Vielfalt Europa“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, MdEP Professorin Dr. Angelika Niebler (CSU), Grüne-Spitzenkandidatin Henrike Hahn, Horst Arnold, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Schon beim parlamentarischen Nachmittag Ende März in München fand dazu eine breitgefächerte Diskussion mit bayerischen und EU-Parlamentariern statt, die Stellung bezogen zu Freiberuflichkeit, Dienstleistungsfreiheit und Qualitätsorientierung. Europakenner Arno Metzler, von 1992 bis 2012 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Freien Berufe, moderierte die Diskussion. Heute steht der Rechtsanwalt als Präsident der Gruppe III „Vielfalt Europa“ im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vor.

Die Diskutanten – Professorin Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Ulrike Müller von den Freien Wählern, Henrike Hahn, Bündnis 90/Die Grünen sowie Horst Arnold, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion – beantworteten Metzlers Fragen zu Wert und Zukunft der Selbstverwaltung und des Berufsrechts bei den regulierten Berufen und dem Umgang mit dem Binnenmarktpaket angesichts einer starken Fokussierung der EU-Kommission auf grenzüberschreitenden Wettbewerb im Dienstleistungsbereich. Insgesamt erfolgte ein klares Bekenntnis zum Wert der Freien Berufe und der herausragenden Stellung in Bezug auf Verbraucherschutz, Qualität der Dienstleistungen und Qualität der Berufsausbildung. Während der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass die Zusammenarbeit

der deutschen Parlamentarier im EU-Parlament über Parteigrenzen hinweg einen hohen Stellenwert genießt.

Bei der Frage, wer sich für eine Definition der Freien Berufe auf europäischer Ebene einsetzen würde, gab es zwei Lager. CSU und Freie Wähler stehen hinter dieser Forderung angesichts der „enormen Wirtschaftskraft und der sozialen Leistungen“ der Freien Berufe (Müller). Für die Grünen lehnte Henrike Hahn die Forderung ab. Eine gesetzliche Definition sei angesichts der Vielfalt der Strukturen in den EU-Mitgliedstaaten wenig hilfreich. Mit einer Auslegung sei nichts gewonnen, sagte Horst Arnold. Man müsse vielmehr das Bewusstsein dafür schärfen, gemeinsam vorzugehen, und nicht noch mehr Grenzen gegenüber den Gewerbetreibenden einziehen.

Im Internet sind unter www.freieberufebayern.de immer aktuelle Nachrichten aus dem Verband Freier Berufe in Bayern e. V. und seinen Mitgliedsverbänden zu finden.

Der Newsletter des Verbandes kann auch als E-Mail abonniert werden.